

„Der Mensch, seine Freiheit, seine Wirkungsmöglichkeiten für die Schaffung einer vernünftigen Gesellschaft stehen im Mittelpunkt unserer programmatischen Vorstellungen.“ Diese Botschaft hätte auch von jeder anderen demokratischen Partei stammen können. Sie kam aber von Erich Ollenhauer, dem erfolglosen SPD-Vorsitzenden der 1950er-Jahre. Gehalten wurde die Rede in Bad Godesberg, wo die SPD am 15. November 1959 mit großer Mehrheit ihr Grundsatzprogramm verabschiedete, mit dem der Wandel der einstigen Klassenpartei zu einer Volkspartei abgeschlossen wurde.

Bis Bad Godesberg galt noch das Heidelberger Programm aus dem Todesjahr Friedrich Eberts 1925. Der Text war eher von hehren Vorstellungen zu Europa und zur internationalen Politik geprägt und hatte gesellschaftspolitisch an die Grundsatzpositionen des Erfurter Programms von 1891 angeknüpft. Es gab folglich Ende der 1950er-Jahre erheblichen geistigen Revisionsbedarf. Dies umso mehr, als die Partei mit ihren alten Botschaften und Kassandrarufen bei den Bundestagswahlen 1957 mit 31,8 Prozent eine weitere schwermütig stimmende Niederlage bezogen hatte und fast zwanzig Prozentpunkte hinter Adenauers CDU gelandet war, die im Bund und in Nordrhein-Westfalen mit absoluter Mehrheit regierte.

Das neue Programm bündelte, was ohnehin in der Partei gedacht oder schon praktiziert wurde, und es entrümpelte,

was schon seit geraumer Zeit nicht mehr galt. Theorie und Praxis endlich in Einklang zu bringen war ein zentrales Anliegen der Programmarcher. Eine Systemüberwindungsrhetorik sollte nicht mehr der meliorativen Praxis der Partei uneinholbar vorausseilen.

So nahm sie auf ihrem Geschichtemachenden Kongress Abschied von einigen Denktraditionen. Als Erstes spielten marxistische Vorstellungen in der Gesellschaftsanalyse keine Rolle mehr. In der damaligen politischen Großwetterlage mitten im Kalten Krieg standen Marx'sche Theorie und Sozialismus-Ideale ohnehin auf dem Index eines ebenso westorientierten wie kreuzzüglerisch geprägten Zeitgeistes.

Auch für Leo Bauer, den Chefredakteur der Theoriezeitschrift *Neue Gesellschaft*, war der Abschied von Marx eher eine logische Konsequenz als eine herzerreißende Angelegenheit: „Ich glaube, das Godesberger Programm ist lediglich der Abschluss einer Entwicklung innerhalb der sozialdemokratischen Partei, die [...] nicht erst '45 [...], sondern längst vorher begonnen hat – die Auseinandersetzung mit dem Marxismus. Wie weit hat er noch die Möglichkeit, eine Analyse der kapitalistischen Entwicklung, besonders in Deutschland, zu geben?“

Der „gebrannte“ Ex-Stalinist Herbert Wehner avancierte zum antimarxistischen Kronzeugen. Hatte man am Vorabend des Parteitags noch nicht gewusst, ob er für den Programmentwurf oder

mit der Parteilinken dagegenstimmen würde, so kämpfte er hinterher vehement für das Programm, konnte Schwankende umstimmen und sorgte damit für die eigentliche Sensation von Godesberg. Er war es, der den Delegierten deutlich machte, weshalb es eine sozialdemokratisch vulgarisierte Marx'sche Theorie als Handlungsanleitung nicht länger geben konnte: „.... Weil ich der Meinung bin, dass der Marxismus als eine Doktrin weder parteibildend noch im Sinne dessen, was wir als soziale Demokratie und als demokratischer Sozialismus wollen müssen, fördernd sein kann.“

Als stellvertretender Parteivorsitzender sollte Wehner auch ein halbes Jahr nach dem Programmparteitag im Juni 1960 vor dem Deutschen Bundestag das außenpolitische Godesberg noch nachreichen. Mit seinem NATO-Schwenk, der Bejahung des bundesdeutschen Wehrbeitrags wie auch der angekündigten Unterstützung der Bundesregierung in außenpolitischen Lebensfragen schien er seiner Partei den letzten neutralistischen Zahn gezogen zu haben.

„So viel Markt wie möglich, so wenig Plan wie nötig“

Die wichtigste inhaltliche Weichenstellung betraf indes die Systemfrage, das heißt die Akzeptanz des marktwirtschaftlich-kapitalistischen Systems. Die Untergangserwartung, Ludwig Erhards soziale Marktwirtschaft würde das Land in die Volksarmut führen, hatte sich als gigantische Fehleinschätzung herausgestellt. In Bad Godesberg wurde die Lösung Programm, die Karl Schiller schon ein paar Jahre zuvor ausgegeben hatte: „So viel Markt wie möglich, so wenig Plan wie nötig.“ Einer der Wortführer jenes Richtungswechsels, Heinrich Deist, hämmerte der Delegiertenversammlung ein: „Wir wissen, dass es Grenzen für den Eingriff des Staates in die Wirtschaft gibt. Darum freie Konsumwahl, darum freie Arbeitsplatz-

wahl, darum auch freie Unternehmerinitiative und darum auch freier Wettbewerb.“

Dies bedeutete jedoch einen Bruch mit der ehernen Tradition der Partei, in der einst Wettbewerb als Sünde wider den Geist des Sozialismus galt und Brüderlichkeit als oberstes Ziel deklariert wurde. Der linke Parteiflügel trug schwer an der neokapitalistischen Wende der Partei, zumal dem Mittel der Vergesellschaftung keine zentrale Bedeutung mehr zukommen sollte.

Zumindest gelang es der Parteilinken, den schwammigen Begriff des demokratischen Sozialismus im Programm zu retten. Für die Verfasser des Dokuments um Willi Eichler, Heinrich Deist, Adolf Arndt oder Waldemar von Knoeringen jedoch spielte er aber keine herausragende Rolle mehr. Zum einen hielt man den Begriff der „sozialen Demokratie“ für angemessener, weil er von der Geschichte als einem offenen Prozess ausgeht und kein utopisches Fernziel antäuscht; zweitens schien der Sozialismus-Begriff historisch völlig entwertet durch die Praxis kommunistischer Diktaturen und den Missbrauch durch die Nazis.

Aber schließlich entschied auch ein Stück Parteitaktik über die programmatiche Beibehaltung des Sozialismus-Begriffs. Mit der Streichung hätte man nämlich den ohnehin schon so deutlich unterlegenen marxistischen Gegnern eine totale Niederlage zugefügt und damit womöglich eine Abspaltung riskiert.

Vom Sozialismus nach Godesberger Lesart blieb am Ende aber nicht mehr als eine butterweiche Floskel für Gemeinsinn, die auch von anderen demokratischen Parteien hätte geteilt werden können. Erhard Eppler definierte einmal im Rückblick: „Sozialismus im Sinne des Godesberger Programms bedeutet, dass im Zweifelsfall das Interesse der Gesellschaft, der *societas*, vor den Sonderinteressen Einzelner gehen muss.“

Der Delegierte Heinz Ruhnau, später Hamburger Innensenator, lehnte als einziger Parteirechter das neue Programm wegen inhaltlicher Unschärfen und der Beibehaltung des Sozialismus-Begriffs ab. Er war wie andere der Meinung, dass es zur Beschreibung einer „dauernden Aufgabe“ oder einer „regulativen Idee“ oder eines „progressiven Prozesses“ keines semantisch überladenen „Ismus“ mehr bedurft hätte.

Schließlich war es Fritz Erler, der der Utopie eines erst noch zu vollendenden Zukunftsstaates die visionäre Spannung nahm: „Wir kämpfen nicht gegen den Staat, sondern um den Staat, und zwar nicht um einen Staat in ferner Zukunft, sondern auch und gerade um den Staat in dieser Bundesrepublik, die wir regieren wollen und werden.“ Für die Parteilinke war dies zu wenig, sie strebte mehr als einen verbesserten Status quo an, auch wenn dem Brustton der sozialistischen Überzeugung längst das umstürzlerische Pathos abhandengekommen war. Und das Ziel einer neuen, besseren Ordnung entsprang nur noch einer reformistischen Worthülse und nicht mehr dem klassischen messianischen Versprechen von einem Himmelreich auf Erden.

Am Ende waren die Befürworter des neuen Programms froh, ideologischen „Ballast“ abgeworfen zu haben, während sich die Gegner um ein Stück Tradition und linke Identität gebracht sahen. Außerdem kritisierten sie den Programmtext als zu weich gezeichnet, unprofiliert und theoretisch ohne Belang.

Willy Brandt, damals im zweiten Jahr Regierender Bürgermeister in Westberlin, hat das neue Programm als eine „zeitgemäße Aussage“ begrüßt und es vor allem als eine nützliche taktische Maßnahme veranschlagt, die es den Gegnern nunmehr schwerer machen würde, sich mit einem antisozialistischen „Zerrbild“ auseinanderzusetzen. Nach seiner Rückkehr aus der Emigration war Brandt aus

guten Gründen nicht geneigt, der deutschen Nachkriegssozialdemokratie ein programmatisches Korsett zu verpassen. Er fürchtete nämlich ideologischen Zwist und die unter Linken üblichen Abspaltungen auf dem angestrebten Weg zu einer großen, flügelübergreifenden Volkspartei. Darin dem CDU-Gründer Konrad Adenauer nicht unähnlich, sollte es bei Wahlprogrammen bleiben. Insofern war Brandt auch kein Initiator oder gar *Spiritus Rector* des Godesberger Programms, wie es eine zähe Legende behauptet, auch wenn er mit dessen zentralen Aussagen und Absichten natürlich durchaus konform ging. Erst die ungeheuere reformatorische Symbolwirkung von Godesberg nach außen schien den langjährigen SPD-Vorsitzenden im Nachhinein von der Notwendigkeit wenigstens dieses Programms überzeugt zu haben.

Programme ohne Außenwirkung

Die maßgeblichen Godesberger Reformer von vor fünfzig Jahren waren aufgeklärte Traditionalisten, die in der Emigration im Internationalen Sozialistischen Kampfbund (ISK) entlang der Lehre des Neukantianers Leonhard Nelson zu einer verschworenen Gemeinschaft zusammengefunden hatten. Nach 1945 bestens ideologisch gewappnet, traten sie zum Kampf gegen das marxistische Denken in der wiedergegründeten Partei an. Darüber hinaus wahrten sie eisern ihren Traditionalismus auch gegen solche Reformer und Modernisierer, die im Geiste schon weiter waren, zum Beispiel Willy Brandt, Helmut Schmidt oder der *Homme de Lettres* Carlo Schmid, der sich auf dem Godesberger Parteitag unbeliebt machte, als er erklärte, die Sozialdemokratie könne als Partei keine geistige Heimat von Menschen mehr darstellen. Das habe jene Delegierten „richtig ins Herz getroffen“, so die Historikerin Susanne Miller, die nach einem Wort des Austrosozialisten Otto Bauer die Partei

als „Lebensinhalt und Vaterhaus“ empfanden.

Die SPD-Programme nach Godesberg waren nur noch Kompromisspapiere zwischen den widerstreitenden Flügeln ohne größere Außenwirkung oder spürbaren Wandlungsimpuls. Dies galt nicht nur für den „Orientierungsrahmen '85“ aus dem Jahre 1975, sondern vor allem für das nächste Programm nach Godesberg – das Berliner Programm von 1989, das – zu Zeiten des überraschenden Mauerfalls verabschiedet – schnell Maukultur wurde. Verfasser Erhard Eppler beklagte sich noch Jahre danach, dass nicht etwa die prinzipientreue Berufung *auf*, sondern eine gewisse Missachtung oder Distanzierung *von* diesem Programm zur Profilbildung von SPD-Politikern beigetragen habe. In der Rede von Oskar Lafontaine auf dem Berliner Programmparteitag werde „dieses Programm an keiner Stelle auch nur erwähnt, geschweige denn zitiert“. Das heißt – so Eppler beleidigt – „es ist schon verschwiegen worden, ehe es beschlossen war. Das, was da aufgeschrieben wurde, spielte keine Rolle. Es wurde von da an konsequent verschwiegen.“

Auch das jüngste Hamburger SPD-Programm von 2007, zunächst als Kompromiss zwischen Agenda-Befürwortern und -kritikern bejubelt, schien bereits im Jahr darauf in den Tiefen des brandenburgischen Schwielowsees versenkt worden zu sein, als Kurt Beck fluchtartig den Parteivorsitz niederlegte, Franz Müntefering zum kurzzeitigen Comeback ansetzte und von einem programmatisch gestifteten innerparteilichen Konsens hernach keine Rede mehr sein konnte. Das Hamburger Programm hat weder ein „Godesberg der Globalisierung“ noch eine neue „Erzählung für die Zukunft“ Deutschlands geleistet, dies sich auf eine anders organisierte soziale Sicherheit zu konzentrieren und dem Wegfall von klassischen Arbeitsstrukturen Rechnung zu tragen hätte.

Und heute? Godesberg gilt als rückständig, was die inzwischen völlig obsolete Anbetung der atomaren Zukunftstechnologie und die verschwindende Behandlung von Genderfragen angeht.

Brüche mit Godesberg

In drei Kernpunkten jedoch hat eine nachteilige Abkehr von Godesberg stattgefunden – im Verhältnis zu den Freiheits- und Menschenrechten, den Kirchen und der Wirtschaft.

Erstens stützt sich die SPD-Intelligenz mittlerweile auf keinen antitotalitären Freiheitsbegriff mehr, wie er seinerzeit in Zeiten des Kalten Krieges fast täglich gestählt wurde. Unter dem Titel der „sozialen Freiheit“ wurde über die Jahrzehnte eine Expansion sozialer Ansprüche betrieben, gleichzeitig desensibilisierte sich der Blick auf die Bürger- und Individualrechte beziehungsweise Freiheiten *vom* Staat. Insofern ist die programmatiche Parole von der „vollen Freiheit“ ein gleichmacherisches Täuschungsmanöver. In der Folge hat sich das Verhältnis zu den Menschenrechten in ein zusehends taktisches verwandelt. Forciert durch das dramatische Anwachsen der Ungleichheit in globalisierten Zeiten, halten es manche mittlerweile für gerechtfertigt, bei linken Diktaturen fünfe gerade sein zu lassen und im Falle sozialer Wohltaten über vorenthaltene Bürgerrechte hinwegzusehen.

Zweitens: Auch der Brückenschlag zu den Kirchen als weitere zentrale Botschaft des Godesberger Programms scheint in der Sozialdemokratie zusehends seine Relevanz zu verlieren. Damals überwand die Partei die klassische linke Position, wonach die Religion – wenn schon nicht wie beim alten Marx „Opium fürs Volk“ – so doch nur eine „Privatsache“ sei. Über die Anerkennung der gesellschaftlichen Rolle der Kirchen gelang in den 1960er-Jahren der Einbruch in die Wählerschichten der katholischen Arbeit-

nehmerschaft. Mittlerweile wird aber in der SPD zunehmend laizistisch gedacht, wie die Konflikte um Kruzifix-Urteile oder der Streit um den „Pro-Ethik- oder Pro-Reli-Unterricht“ in Berlin bewiesen haben. In Multikultizeiten wird gegenüber den christlichen Kirchen allzu schnell die Fundamentalismus-Keule geschwungen.

Drittens machte die weltweite Finanzkrise seit 2008 deutlich, dass das Verhältnis der SPD zur Wirtschaft frei von jedem ordnungspolitischen Schimmer ist. Hier hat die Partei ihren perspektivischen Anspruch eingebüßt, für den in Godesberger Zeiten noch Gestalten wie Schiller, Deist oder Gerhard Weisser standen. Soziale Marktwirtschaft wird heute nur noch plump – und im Übrigen auch falsch! – auf Staatsinterventionismus jeder Art, ob Keynes, Mindestlöhne oder Anti-Heuschrecken-Programme, reduziert.

Während der pragmatische Finanzminister der zurückliegenden Großen Koalition, Peer Steinbrück, an der Seite der Kanzlerin Reparaturmaßnahmen durchführte, Schutzschirme aufstellen ließ und Staatshilfen gewährte, überzog seine Partei derweil ihr etatistisches Konto und wollte noch mehr. Manche schienen auch ideologisch durchzuknallen, beschworen die Renaissance des Sozialismus, die Wahrheit von Marx und die Wiederkehr einer verantwortungsimperialistisch überladenen Politik. Dabei wurde gern die welthistorisch veranschlagte „Niederlage des Neoliberalismus“ in ein Startsignal für den heiß ersehnten eigenen Wiederaufstieg umgedeutet.

Doch selten war der Zwiespalt zwischen den skeptischen Erwartungen im Volk und dem salvatorischen Selbstverständnis der Partei größer als ausgerechnet zu Zeiten des jüngsten Crashes. Jürgen

Krönig brachte es in der *Berliner Republik* auf den Punkt: „Es sollte den Sozialdemokraten zu denken geben, dass ihnen die Mehrheit der Wähler die Erneuerung und soziale Ausgestaltung des Kapitalismus offenbar nicht zutraut, sondern diese Aufgabe lieber bürgerlichen Parteien überlässt. Womöglich ist die Furcht im Spiel, dass zu viele Sozialdemokraten unterwegs sind, die nie ihren Frieden mit dem Kapitalismus gemacht haben.“

So förderte die Bundestagswahl vom 27. September die bittere Wahrheit zutage, dass die SPD auf ureigenem Terrain besiegt wurde – auf dem Felde der nach wie vor bei den Wählern hoch angesiedelten sozialen Gerechtigkeit. Der neue Vorsitzende Sigmar Gabriel musste auf dem Dresdner Parteitag im November eingestehen: „Wir haben eine historische Niederlage erlitten, obwohl wir in einer Zeit leben, die geradezu nach sozialdemokratischen Antworten schreit.“ Doch die Partei ist in all ihren programmatischen Kernpunkten von Konkurrenz umgeben, das heißt, es gibt kein originäres Territorium der SPD mehr, das nur sie besetzen könnte.

Auf dem Dresdner Kongress erinnerte die Partei nur am Rande an den fünfzigsten Jahrestag ihres so erfolgreichen Programms. In Erhard Epplers Rückblick schien das geistig am meisten Verzichtbare symbolisch am wichtigsten zu sein: die Berufung auf den demokratischen Sozialismus als eine „dauernde Aufgabe“! Ob die gebeutelte Partei die Kraft aufbringt, im Geiste von Bad Godesberg ihre derzeitige Misere zu überwinden und einen spürbaren Wandel zu bewirken, muss derzeit eher skeptisch beurteilt werden, auch wenn es ihr zu wünschen wäre. Von der Meinungsforschung zumindest werden den Werten und Zielen der Partei immer noch hohe Zustimmungsquoten attestiert.